

Verlag: Germania, K.-G., Dresden-Kl. 1, Postfach 17, Fernruf 21012, Telephon Dresden 7103, Sanfton: Stadthaus Dresden Kl. 6179

Verlag: Dresden  
Anzeigenpreise: Die halbjährige Zeitungsnummer 30 J., Familienanzeigen u. Gelegenheitsanzeigen 20 J., die Zeitungsnummer 10 J., die halbjährige Zeitungsnummer 30 J., die halbjährige Zeitungsnummer 30 J., die halbjährige Zeitungsnummer 30 J.

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Kl. 1, Postfach 17, Fernruf 21012  
Telephon 7103

## Der Reichstag aufgelöst

Berlin, den 18. Juli (Drahtbericht)

Im Reichstag wurde heute der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Der Reichskanzler erhob sich darauf hin sofort und verlas das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten. Unter großer Unruhe ging der Reichstag auseinander.

### Neuwahl 14. September?

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen hatte folgenden Wortlaut:  
„Der Reichstag verlangt gemäß Artikel 48 Absatz 3 der Reichsverfassung, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über Verfügungsmahnahmen für den Reichshaushalt 1930 und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über die Zulassung einer Gemeindegetränksteuer außer Kraft zu setzen.“  
Der Mißtrauensantrag lautet:  
„Die Reichsregierung Dr. Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“  
Für den sozialdemokratischen Antrag haben außer den Antragstellern die Kommunisten, Nationalsozialisten und die Eugenbergs-Gruppe der Deutschnationalen gestimmt, gegen den Antrag außer den Regierungsparteien die Westarp-Gruppe.  
Die Neuwahl des Reichstages muß spätestens 60 Tage nach der Auflösung erfolgen, und zwar an einem Sonntag. Der späteste Termin, der somit in Frage kommt, ist der 14. September. Daß die Wahl sehr viel früher angefeht wird, ist mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht anzunehmen.

Herr Reichskanzler! Angesichts der Gefahren, vor denen sich Land und Volk befinden, erlauben wir uns, Ihnen aus unserer Verantwortlichkeit als Oppositionspartei heraus die Frage vorzulegen, ob Sie zu sofortigen Verhandlungen mit den Unterzeichneten über die politische Gesamtlage bereit sind. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Dr. Eugenbergs, Dr. Oberjohrens.  
Daraufhin hat eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning auf der einen, Dr. Eugenbergs und Dr. Oberjohrens auf der anderen Seite stattgefunden. In dieser Unterredung haben die deutschnationalen Führer gefordert, daß spätestens im Herbst eine Umbildung sowohl der Reichsregierung, wie der preussischen Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen erfolgen sollte. Unter dieser Voraussetzung seien die Deutschnationalen bereit, die Entscheidung über die auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen auf den September zu verschieben. — Der Reichskanzler hat darauf erwidert, daß eine Vertagung nicht zweckmäßig erscheine und daß er eine sofortige Entscheidung über die Frage der Notverordnungen fordern müsse. Dementsprechend sind auch die Anträge der Sozialdemokratie auf Aufhebung der Notverordnung u. s. w. als erster Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt worden.

### Die Spaltung der Deutschnationalen

Der Versuch der Deutschnationalen, die Kollage des Reichs unter allen Umständen zu einem parteipolitischen Geschäft auszunutzen, hat nunmehr innerhalb der Deutschnationalen Fraktion selbst entschiedenen Widerstand ausgelöst. Wie wir hören, hat der Abgeordnete Freyherr von Richthofen seinen Austritt aus der deutschnationalen Fraktion und Partei erklärt. Auch eine Reihe weiterer Abgeordneter haben diese Absicht, doch wollen sie sich erst mit ihren Landesverbänden in Verbindung setzen.

### Die entscheidende Sitzung

Bei Beginn der heutigen, entscheidenden Reichstagsitzung erhielt Abg. Landsberg (Soz.) das Wort, um den sozialdemokratischen Aufhebungsantrag zu begründen. Artikel 48, so führte er aus, dürfe nur angewandt werden, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Das Kabinett Brüning habe ihn aber benutzt, um auf Wunsch der Volkspartei die Bürgersteuer und auf Wunsch der Demokraten die Gemeindegetränksteuer einzuführen. Der jetzt von Brüning geschaffene Präzedenzfall könne die verhängnisvollsten Folgen für die Auslegung des Artikels 48 haben.  
Reichsinnenminister Dr. Wirth nimmt darauf das Wort. Er fühle mit dem Abg. Landsberger die Schwere dieser Stunde. Wir als überzeugten Republikaner, so fährt der Minister fort, ist es wahrlich nicht leicht geworden, den jetzt beschrittenen Weg zu gehen. Alle Republikaner und ganz besonders die Sozialdemokraten müßten sich aber fragen, ob sie nicht selbst die Schuld daran tragen, wenn dieser Weg beschritten werden mußte. Wir stehen vor einer Krise des Parlamentarismus. Es hat sich doch gezeigt, daß in diesem Reichstag eine Wehrheitsbildung unmöglich ist (lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Jeder weiß doch, daß bei einer Neuwahl die Wehrheitsbildung im neuen Reichstag noch viel schwieriger sein wird (Unruhe und Zurufe links). Ich übernehme die volle Verantwortung für die letzten Maßnahmen der Regierung. Wer den Artikel 48 anwendet, muß sich in seinem Gewissen prüfen, ob ein Notfall vorliegt. Ich behaupte, daß er vorliegt und nehme das auf mein Gewissen. (Beifall im Zentrum, Unruhe links.)

Minister Dietrich sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß mit den Notverordnungen gerade das Defizit gedeckt wird, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden sei. Die Maßnahmen der Regierung hätten also den ausgesprochenen Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. Die Bürgersteuer sei nicht als Dauereinrichtung gedacht, sondern sie solle später mit den Realsteuern verknüpft werden.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Im Auftrage einer Anzahl meiner politischen Freunde (Rufe: Wieviel?) habe ich zu erklären: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, wenn wir auch nicht verkennen, daß diese Regierung wesentliche Reformarbeit auf verschiedenen Gebieten geleistet hat. Wir wollen aber verhehlen, daß eine Regierungskrise entsteht, die zu einer Staatskrise führen könnte. Wir wollen nicht durch Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge eine bürgerliche Regierung stützen und damit die Verabschiedung der Offhilfe, des Annestieggesetzes und anderer Vorlagen verhindern. Wir werden daher den Aufhebungsantrag und den Mißtrauensantrag ablehnen.

Abg. Dr. Scholz (D. Vo.) begrüßt mit lebhafter Freude die Erklärung des Abg. Westarp, weil sie aus der Verantwortlichkeit heraus käme, die im gegenwärtigen Augenblick allen Parteien zu wünschen sei. Auch wir sind nicht mit allen Maßnahmen durchaus einverstanden, die die Regierung durch Art. 48 getroffen hat. Ich möchte sagen, daß wir uns in der Kritik der Einzelmaßnahmen von der Erklärung des offiziellen Sprechers der deutschnationalen Fraktion nicht sehr wesentlich unterscheiden. (Hört, hört!) Wir stellen jedoch benuzt in diesem Augenblick stärkster Gefahr für Volk und Vaterland alles Regative zurück.

Es folgte dann die Abstimmung. — Nach der Abstimmung erhob sich Reichskanzler Dr. Brüning und erklärte: „Ich habe dem Hohen Haus eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorzutragen. Nachdem der Reichstag heute beschloffen hat zu verlangen, daß meine auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen aufgehoben werden, löse ich auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“

Die folgenden Sätze der Kanzlererklärung bleiben unverändert, da die Kommunisten laut rufen: „Nieder mit dem Reichspräsidenten!“ Als Reichskanzler Dr. Brüning nach 1 Uhr geendet hat, verläßt Präsident Lobe seinen Platz und die letzte Sitzung dieses Reichstages ist damit formlos geschlossen. — Die Kommunisten singen beim Verlassen des Saales den letzten Vers der Internationale.

## Rußlands wirtschaftliche Zukunft

Wien (U.Z.N.)

Die „Neue Freie Presse“ erhält einen Bericht des in Moskau lebenden Ingenieurs Nikolaus Basseches, der die wachsende Krise der Versorgungslage Russlands schildert und die wirtschaftliche Zukunft des Sowjetstaates erörtert. Basseches stellt fest, daß die Versorgungslage in der Sowjetunion immer kritischer wird. Heute gibt es bereits keinen einzigen Verbrauchsartikel, der nicht rationiert ist. Wenn man die Lebensmittel auch nur auf Lebensmittelkarten erhält, so ist jetzt auch der Verbrauch von Textilien pro Kopf der Bevölkerung bis zum Neuesten eingeschränkt. Fleisch wird ebenfalls nur gegen Karten verabfolgt, und das in äußerst ungenügenden Mengen. Dasselbe gilt von Schuhwerk, Milch, Arzneien, Zigaretten und Tabak. Die Apotheken geben nur noch Aspirin frei ab. Seife gibt es so gut wie gar nicht. Am besten ist noch die Versorgung mit Brot. Die Fleischkrise ist auf die Kollektivierung und auf die ungeheuren Schwarzschlachtungen zurückzuführen, durch welche die Bauern, aus Angst vor der Enteignung, die Viehbestände reduziert haben. Das Fehlen von Fischen, Konserven, zum Teil der Textilien und der Seife ist dem Export zuzuschreiben. Die Sowjetunion exportiert alles, was nur irgendwie zu exportieren ist, um die Maschinenbestände, die sie für die neue Industrie braucht, bestellen zu können.

Seit Proklamierung der neuen Wirtschaftspolitik war die Lage der Versorgung der Bevölkerung noch nie so schlecht. Die Sowjetregierung weiß aber, wie weit sie gehen kann. Es kommt ihr politisch auf das Heer der Angestellten und die freien Berufe nicht an. Für sie ist nur die Arbeiterschaft und die Armee wichtig. Während in den Geschäften nichts zu haben ist, erhalten die Mitglieder der Arbeiterkonsumgenossenschaften genügend. Außerdem erfolgt die Verpflegung und Warenverteilung in den Fabriken. Hier ist die Versorgung gut. Dasselbe gilt von der Armee. Trotz der verschärften Ernährungskrise sind die Rationen der Roten Armee nicht heruntergesetzt worden. Gerade jetzt wurde eine Erhöhung der Armeerationen verfügt. Es ist begreiflich, daß ein Land von mehr als 104 Millionen Einwohnern und von der Ausdehnung der Sowjetunion die drei bis dreieinhalb Millionen Arbeiter und die etwa 700 000 bis 800 000 Militärpersonen trotz aller Krisen ernähren kann. Solange die Sowjetregierung das vermag, solange der wichtigste Teil der Arbeiterschaft und die Armee von der Not nicht erfaßt sind, solange bleibt das Regime stabil.

Das lockende Ziel vor den Augen der Masse ist das Jahr 1932, nach Durchführung des Fünfjahresplanes — alle Sorgen scheinen dann vorbei. Einige Tage später, so hofft man, werden die leeren Geschäfte von Waren wieder voll sein, die Lebensmittelkarten werden aufhören oder zumindest die Rationen beträchtlich größer sein. Diese Hoffnung kann sich nicht erfüllen, denn schon heute zeigt sich, daß nach der Durchführung des Fünfjahresplanes ein neuer Fünfjahresplan notwendig sein wird, um die einzelnen Elemente der russischen Volkswirtschaft miteinander zu verbinden. Schon heute zeigt sich, daß im ganzen Land hier und dort Industrie-kolosse aufstehen werden, die erst volkswirtschaftlich zusammenzuschließen sein werden. Die Industrialisierung wird weitergehen müssen. Neue Hilfswerkzeuge, neue Werke, welche die alten ergänzen, werden aufgeführt werden müssen. Die Abhängigkeit vom Ausland wird daher steigen. Heute gelingt es, die Einfuhr auf etwa 350 Millionen Dollar jährlich zu beschränken. Das wird in der Zukunft ausgeschlossen sein.

Von einer Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen seitens der Sowjets kann keine Rede sein. Hier ist einer der festen Punkte, die das Regime stärker beherrschen als alles andere. Jedes Moratorium, jeder nicht pünktlich bezahlte Wechsel vernichtet die Kreditwürdigkeit des Staates, der gesamten Volkswirtschaft. Daher können die Sowjets infolge der Identität von Volkswirtschaft und Staatswirtschaft es auf keine einzige Zahlungseinstellung, auf keine einzige Verschiebung der Fristen ankommen lassen. Der Sowjetstaat muß vorher berechnen, was er einführen darf. So ist das zweite schicksalhafte Moment dieses Systems, daß es einen weit

Der heutigen Nummer liegt das „21. Braunblatt“, das Sonntagsblatt für die Dörfer, und die Kinderbeilage „Frohne“ bei.

theke 1095